

Sendung im SRF zu „Staatsverweigerer“

Am 13.09.2023 wurde durch das SRF die Sendung veröffentlicht und wir möchten gerne Stellung dazu beziehen, da das SRF auch uns in den Staatsverweigererkreis stellen möchte.

Wir haben am 4. September von den Machern dieser Sendung eine etwas reisserische E-mail erhalten und haben diese auch beantwortet. In der Reportage wurde gesagt, es seien keine Antworten gekommen, was so nicht ganz stimmt. Wir haben uns die Mühe und Zeit genommen und offen kommuniziert.

Im Anhang ist diese Kommunikation ersichtlich.

Was von unserer Seite zu sagen ist, wir stellen fest, dass sich offenbar der „Staat“ radikalisiert gegen Menschen, welche nicht alles schlucken und nicht einfach alles hinnehmen. Das freie Denken soll offenbar der Staatshörigkeit weichen. Sie werden ausgebildet im Umgang mit „Staatsverweigerern“ und die Sendung ist so gestaltet, dass der Zuschauer die armen Beamten versteht und die Massnahmen gegen die Menschen unterstützt. Kein Wort wurde verwendet in dem es um Dialog, rechtliche Korrektheit oder das Überwinden der Differenzen geht. Nur fronten ist ihr Mittel. Klar, sie kennen nichts anderes.

Was jedoch nicht stehen gelassen werden kann ist die Aussage -> Steuergelder werden für Strassenbau, ÖV, Polizei usw. verwendet. Das ist eine knallharte Lüge. Alle angesprochenen „Leistungen“ werden über sogenannte Strukturkredite bezahlt und nicht mit Steuergeldern!!! Das Einzige, wofür die Steuereinnahmen verwendet werden, ist zur Begleichung der Zinsen für diese Kredite. Dass nennt sich dann ein ausgeglichenes Haushaltsbudget. Wir unterstellen den Reportern keinen Vorsatz, sondern Unwissenheit (da würde investigative Tätigkeit Sinn machen). Des Weiteren wurde die Thematik des Beamtenstatus und die Tatsache, dass ein Betriebsamt von einem Beamten geleitet werden muss und sonst das SchKG keine Anwendung findet nicht korrekt dargestellt. Dies haben wir ja bereits in den veröffentlichten Dokumenten aufgeschlüsselt. Auf der Seite des Staates ist das Gesetz offenbar grosszügig interpretierbar und auf der Seite des Bürgers gilt 0 Toleranz. Schon etwas erbärmlich.

Auch der Vollzeitstudent der ZHAW spricht rein populistisch und es sind nur Behauptungen, welche als Tatsachen dargestellt werden. Nichts Konkretes und nichts Belegtes. Einfach nur Logorrhoe.

In der an uns gerichtete E-mail steht folgender Satz: "Für unsere Berichterstattung ist es wichtig, Ihre Sichtweise und Ihre besten Argumente in unserem Beitrag wiederzugeben." Wir haben Argumente geliefert und keines dieser Argumente wurde verwendet. Haben wir eventuell Recht und das darf nicht an die breite Bevölkerung?

Den letzten Satz in der Reportage würden wir unterstützen. Und zwar von BEIDEN Seiten und im offenen Diskurs. Die Kriminalisierung der Kleinbürger ist unerträglich geworden. All die Schicksale, die uns zugetragen werden, die ganze Behördenkriminalität, die nicht angeschaut wird und das Arbeiten ausserhalb des Protokolls muss aufgearbeitet werden. Bis jetzt meinten die „Ämter“ nur -> wir machen das halt so und was wollen Sie dagegen machen!!! Ja wir arbeiten daran - rechtsbankrott.ch

Noch etwas an die Staatssucher -> merkt ihr, dass man versucht euch als Terroristen darzustellen? Waffengewalt, Aggression und körperliche Gewalt darf niemals der Weg sein. NIEMALS!!!

Eure Mikroinfluenzer und Staatssucher

Quelle: <https://t.me/c/1908095672/2557>
20231222 DT (<https://stopreset.ch>)